

Wahlprogramm 2020

GRÜNES Petershagen

für ein gutes Leben auf dem Lande

1. Präambel.....	2
2. Wohn- und Lebensqualität erhalten.....	2
3. Wirtschaftsfaktor Tourismus.....	3
4. Wirtschafts- und Gewerbeförderung.....	4
5. Nachhaltige Landnutzung, Pflanzen- und Tierschutz in Petershagen.....	6
6. Jugend und Schule.....	7
7. Kinder und Familie.....	7
8. Infrastruktur (Mobilität, Digitalisierung, Gesundheitsversorgung).....	8
9. Chancengleichheit (Gleichstellung, Integration, Inklusion).....	9
10. Kultur.....	9
11. Sport.....	10
12. Klima-, Umwelt- und Naturschutz, Abgrabungen, Erneuerbare Energien.....	10
13. Für unsere Umwelt ohne Gift – damit das gute Leben auf dem Lande weiter möglich bleibt!.....	12

Dieses Programm gibt unsere Vorstellungen für die Entwicklung unserer Stadt in der nächsten Kommunalwahlperiode von 2020 bis 2025 wieder. Wir wollen dabei an Ideen und konstruktiven Vorschlägen für die Entwicklung Petershagens anknüpfen, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat und seinen Ausschüssen während der letzten Jahre eingebracht haben. Verschiedene Fraktionsmitglieder aus unterschiedlichen Fachbereichen haben ihren Teil zur Entstehung des vorliegenden Programms beigetragen. Es bietet einen Überblick über die Schwerpunkte, die wir uns in Petershagen für die nächsten fünf Jahre setzen.

1. Präambel

Die Erhaltung der Lebensgrundlagen von Menschen und Natur sind das Grundanliegen der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Hierzu zählen nicht nur der Schutz von Natur und Landschaft, sondern alle Lebensbereiche der Menschen von Arbeitsplätzen über Wohnen bis zum Zusammenleben in Familie und Nachbarschaft. Vereinfacht gesagt heißt das für Petershagen: **„Wie bleibt das gute Leben auf dem Lande weiter möglich?“**. Auf diese Frage wollen wir Antworten geben und bei Problemen nach den besten Lösungen suchen, denn wir leben gerne in unserer Stadt Petershagen und das soll auch so bleiben. Ökologie und Ökonomie sind, wenn man über die Tagespolitik hinausschaut, keine Gegensätze, sondern sie bedingen sich. Darum setzen wir uns bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine „ökologische Stadt Petershagen“ ein.

2. Wohn- und Lebensqualität erhalten

Petershagen verliert schon seit Jahren beständig leicht Einwohner, so dass 2020 nur noch etwa 25000 Menschen im Stadtgebiet leben. Hinzu kommt der dramatische Wandel in der Landwirtschaft, als dessen Folge in den Dörfern nur noch wenige Betriebe ihre großen Bauernhäuser, Ställe und Scheunen nutzen. Immer wieder stehen landwirtschaftliche Gebäude leer oder werden nur noch zu geringen Teilen gebraucht. Diese Entwicklung kann sich einschneidend auf unsere Dörfer auswirken und sie nur stückweise sichtbar. Noch erfolgen die notwendigsten Bauunterhaltungen, aber in den nächsten 10 bis 15 Jahren wird das, auch bedingt durch das Alter der Eigentümer, immer weniger möglich sein. Andererseits gibt es inzwischen eine rege Nachfrage nach historischer Bausubstanz, die sich für Um- und Neunutzung eignet. Wir entscheiden heute, wie unsere Dörfer in Zukunft aussehen. Werden wir unsere Dörfern als Orte mit gewachsener und nachvollziehbarer Geschichte und Identität erhalten und ihre Gebäude mit neuen Nutzungen erhalten können? Oder werden alte Hofstellen verfallen, abgebrochen und durch austauschbare Neubauten ersetzt? Trotz des Bevölkerungsrückganges werden in der Stadt Petershagen bisher immer noch Neubaugebiete ausgewiesen und dafür knapper Boden verbraucht. Dabei müsste der Bedarf an Wohnraum sinken oder wenigstens gleich bleiben. Die Folge ist, eine weitere Zersiedelung der Landschaft (täglich wachsen Siedlungs- und Verkehrsflächen in NRW um 10ha!). Dadurch steigen die Infrastrukturkosten für die Stadt und damit auch Umlagen und Gebühren für die Bürger. Wenn landwirtschaftliche Flächen zu Bauland werden, ist das auch mit einem erheblichen Wertzuwachs verbunden, den bisher die privaten Eigentümer einstreichen konnten.

Hier wollen wir eine bewusste Neuorientierung erreichen: Bestandserhalt soll zukünftig eindeutig vor Neubau gehen. Vorrang muss die Um- und Neunutzung, die Modernisierung und energetische Nachrüstung bestehender Gebäude haben. Soweit ausnahmsweise noch weitere Flächen für den Neubau von Wohngebäuden ausgewiesen werden, soll dies nur noch auf Grundstücken im Eigentum der Stadt erfolgen. Die Bebauungspläne für diese Flächen sind nach den Empfehlungen für „Regionale Baukultur des ländlichen Raumes im Mühlenkreis Minden- Lübbecke“ aufzustellen. Beides, Erhalt und Neunutzung bestehender Gebäude und, wo unvermeidlich, regional angepasster Neubau bieten die Chance die Attraktivität der Stadt mit Petershagen und Lahde und den 27 Dörfern zu erhöhen und ihre Individualität zu bewahren. Das kann nicht nur Anreize für Tourismus und Einzelhandel schaffen, sondern nutzt auch der Lebensqualität der Petershäger Bürger*innen. Ein möglicher Wertzuwachs durch Baulandausweisungen kommt nicht Einzelnen sondern der ganzen Kommune zu Gute.

Die Um- und Neunutzung bestehender, ehemals landwirtschaftlicher Gebäude ist kein Wunschdenken. Sie findet bereits vielerorts in Petershagen auch durch den Zuzug von Menschen aus anderen Regio-

nen statt, die sich bei uns ihren Traum vom „Guten Leben auf dem Lande“ erfüllen können. Dafür ist es jedoch wichtig, dass im gesamten Stadtgebiet leistungsfähige Datenverbindungen bestehen, denn ein guter Internetanschluss ermöglicht zunehmend auch das Arbeiten von zu Hause aus. Und die großen Gebäude auf den Dörfern bieten dazu den notwendigen Platz.

Daher fordern wir:

- Förderung senior*innengerechter, barrierefreier Modernisierungen, Um- und Neunutzungen bestehender Gebäude durch Beratung der Eigentümer*innen (auch zu Fördermöglichkeiten von Bund und Land). Erhaltung der Infrastruktur in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Mobilität.
- Bestandskataster ungenutzter landwirtschaftlicher Gebäude und aktive Vermarktung und Suche umnutzungswilliger Neubürger. Brachflächenrecycling (u.a. ein Gesamtkonzept zur Nutzung ausgekiester Flächen) und aktive kommunale Baulandpolitik (unzureichend genutzte Baugebiete, Bodenpreissteuerung).
- Verzicht auf die Ausweisung von neuen Baugebieten, durch die nicht nur Freiraum in Siedlungsfläche umgewandelt wird, sondern auch Folgekosten für die Erhaltung der Infrastruktur entstehen (z.B. Straßen und Kanäle etc.). Angesichts sinkender Bevölkerungszahlen müssen Standards, etwa bei den fast 4000 Straßenlaternen im Stadtgebiet, in Frage gestellt werden. Petershagen besitzt viel alte Bausubstanz, die es zu erhalten und gegebenenfalls auch umzunutzen gilt. Diese Innenentwicklung bestehender Siedlungen hat für uns unbedingten Vorrang vor der Ausweisung neuer Baugebiete.
- Alle Maßnahmen und Aktivitäten der Bürger*innen für ihre Orte sollen gefördert werden. Ohne solche gemeinschaftlichen Bemühungen für die Attraktivität unserer Dörfer, vom Bürgerbus bis zum Dorfladen, werden wir in Zukunft das Gute Leben auf dem Lande nicht bewahren können.

Ziel einer ökologisch orientierten Kommunalpolitik ist die Vernetzung von Wohnen, Arbeiten, Ausbildung, Einkaufen und Freizeit. Daher hat für uns der Erhalt bestehender Geschäfte und eine Innenentwicklung in den Ortslagen Vorrang. Die Neuansiedlung von Supermarktketten an Ortsrändern und überörtlichen Straßen lehnen wir ab.

Besondere Prioritäten in den nächsten 5 Jahren haben für uns weiterhin die Schulentwicklung, die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität trotz sinkender Bevölkerungszahlen, die Förderung des sanften Tourismus, aber auch die Schaffung von dezentralen Arbeitsplätzen durch den Ausbau leistungsfähiger Datenverbindungen.

3. Wirtschaftsfaktor Tourismus

Besonders wichtig ist uns, dass Naturschutz und Tourismus so in Einklang gebracht werden, dass Tourismus die Naturschutzziele unterstützt und ihnen nicht entgegensteht. Gute Beispiele dafür sind das Besucherlenkungskonzept „Auf neuen Wegen durch die Petershäger Weseraue“, das Einheimischen und Gästen spannende Einblicke in die Natur gewährt, ohne sie dabei zu stören oder die viel befahrene Storchroute. Die wachsende Zahl von Besuchern in Petershagen zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Zur Entwicklung des Tourismus und seiner Beschäftigungspotenziale setzen wir uns ein für:

- Die Erhaltung und Verbesserung unserer Stadt- und Ortsbilder und von Natur und Landschaft. Je attraktiver Petershagen mit seinen vielen Dörfern und der umgebenden Natur ist, umso lieber werden sich Gäste bei uns aufhalten und auf Entdeckungstouren gehen.

- Die Umsetzung der Planungen zur „Weserzeile“ (Entwicklung von Tourismus- Angeboten entlang der Weser), wobei für Bündnis 90/Die Grünen Naturschutzbelange besonders berücksichtigt werden müssen. Für uns kann in diesen sensiblen Bereichen eine Tourismusentwicklung nur im Einklang mit den Naturschutzanforderungen erfolgen. Tourismuseinrichtungen oder -angebote, die negative Auswirkungen auf die Natur in der Weseraue haben könnten, lehnen wir strikt ab. So wäre für uns beispielsweise ein Fahrrad- oder Fußweg auf dem Weserdeich bei Hävern, der die Glashütte mit dem Fähranleger verbinden würde, aufgrund der damit verbundenen Störungen nicht denkbar. Ein positives Beispiel für sanften Tourismus entlang der Weser ist dagegen das Besucherlenkungs-konzept „Auf neuen Wegen durch die Weseraue“, das von der Biologischen Station entwickelt wurde. Durch Themenführungen ließe sich das Angebot weiter verbessern. Die bisher kleinteiligen Beweidungsflächen für Großtiere sollten zukünftig stärker zusammengelegt werden, wobei Wege oder Teile von Wegen auch nach dem Vorbild anderer Beweidungsprojekte (z.B. in Petershagen die Beweidung des Naturschutzgebiets Gehlberg oder verschiedene Beweidungsprojekte in Lippe, in Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder Berlin) über die Weidefläche führen können.
- Die Entwicklung eines vernetzten Angebotes (z.B. Ausbau der Tourismuseite der Stadt Petershagen, stärkere Präsenz auch in anderen Online-Portalen, Entwicklung einer wo-ist-was-App) unter Einbeziehung von Themen wie z.B.:
 - I. Museen: Glashütte Gernheim, Westfälisches Storchenmuseum in Windheim, Heimat-und Heringsfängermuseum in Heimsen
 - II. Mühlen mit Mühlenbauhof und Mühlenstraße,
 - III. Radwanderwege: Weserradweg, Storchenroute
 - IV. Besucher-konzept der Biostation „Wege durch die Weseraue“
 - V. Wanderrouten in Petershagen: Dorfspaziergänge durch die einzelnen Ortsteile, Vernetzung mit Wanderportalen im Internet
 - VI. Altes Amtsgericht
 - VII. historische Stadtführungen Führungen zu besonderen Themen in Natur und Landschaft.
 - VIII. Die Ausweisung von weiteren Radrundwegen mit unterschiedlichen Wegelängen und ökologischen Themenschwerpunkten. Förderung der Landwirte durch Neben-erwerbsschaffung mit sanftem Tourismus.

4. Wirtschafts- und Gewerbeförderung

Wirtschaftlich gehört Petershagen zu den strukturschwachen Orten des Landes und auch im Vergleich mit anderen Städten und Gemeinden des Kreises Minden-Lübbecke bleibt dieser Eindruck bestehen. Deutlich wird das an der vergleichsweise geringen Zahl an Arbeitsplätzen im Stadtgebiet und der geringeren Kaufkraft der Bevölkerung. Viele BürgerInnen sind darauf angewiesen sich Arbeitsplätze in benachbarten Regionen als Pendler zu suchen.

So unbefriedigend diese Situation ist, sie wird sich nur allmählich verändern lassen. Es hilft auch nicht auf den großen Investor von außerhalb zu warten. Unser Angebot an Gewerbeflächen ist ausreichend

vorhanden. Was fehlt ist die Nachfrage. In dieser Situation können wir uns nur auf unsere eigenen Potentiale, auf die Möglichkeiten unserer Stadt und die Kreativität unserer Menschen besinnen.

Deshalb meinen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

- Grundlage einer von Landeszuschüssen möglichst unabhängigen Kommunalpolitik ist die Stärkung der eigenen Gewerbestruktur und Finanzkraft durch regionale Betriebe und Unternehmen im Sinne der „Eigenständigen Regionalentwicklung“. Solche Ansätze sind gezielt zu fördern und zu vernetzen.
- Ein entscheidender Faktor für Dienstleister und Gewerbetreibende ist ein ausreichend schneller Zugang zum Internet. Die Breitbandverkabelung oder auch andere geeignete Techniken voranzutreiben ist dazu die Voraussetzung.
- Petershagen verfügt über ein Potenzial an ehemals landwirtschaftlicher Bausubstanz, die heute ihre ursprüngliche Nutzung verloren hat. Für neue Unternehmen, Freiberufler und Dienstleister kann das eine günstige Möglichkeit bieten Wohnen und Arbeiten unter einem Dach zu vereinen. Kosten und Risiken sind dabei meist deutlich geringer als bei einer Ansiedlung in Gewerbegebieten. Einschränkend gilt aber auch, dass dafür nicht jedes Gewerbe geeignet ist.
- Die Stadt soll durch gezielte Beratung und Betreuung Gründer*innen und Jungunternehmer*innen fördern.
- Förderungswürdig sind auch Ideen und Unternehmungen, die zunächst nur bescheidene Einkünfte erzielen.
- Alle Unternehmungen mit lokalen Wertschöpfungsketten sind besonders zu fördern. Das gilt auch für die Ausbeutung von Naturgütern wie Sand und Kies. Auf Betriebe, die unsere Rohstoffe ohne weitere Veredelung einfach nur „exportieren“, können wir gut verzichten, denn unsere Ressourcen können nur einmal ausgebeutet werden.
- Auch die Energieerzeugung aus regenerativen Quellen ist eine Möglichkeit Einkommensquellen für die Region zu erschließen. Dafür brauchen wir keine anonymen Kapitalanleger von außerhalb, sondern erneuerbare Energieerzeugung gehört in Bürgerhand. Dass das keine Utopie ist, machen uns die Nordfriesen vor, die 98% ihrer Windräder in Eigenregie betreiben. Deshalb setzen sich BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN für Bürgerenergieprojekte ein, denn wo die Belastungen aus dem Betrieb dieser Anlagen entstehen, müssen auch die wirtschaftlichen Gewinne bleiben! Da die Windstandorte im Stadtgebiet bereits weitestgehend ausgenutzt sind, kommen Bürgerenergieprojekte besonders für Photovoltaikanlagen in Frage. Dafür sollten auch Dachflächen auf kommunalen Gebäuden genutzt werden.
- Um zu vermeiden, dass sich im Stadtgebiet ein Wildwuchs an einzelnen Windkraftanlagen mit Störpotential für Mensch und Umwelt entwickelt, hat die Stadt Petershagen in einem öffentlichen Verfahren Windvorranggebiete ausgewiesen. Damit ist das Potential nutzbarer Flächen für Windkraftanlagen in Petershagen erschöpft. Weitere Flächen sollen mit Rücksicht auf den Lebensraum von Menschen und Wildtieren und zum Schutz unseres wertvollen Naturraumes nicht mehr ausgewiesen werden.

5. Nachhaltige Landnutzung, Pflanzen- und Tierschutz in Petershagen

Auch an Petershagen ist der Strukturwandel in der Landwirtschaft nicht spurlos vorüber gegangen. Die Veränderungen sind deutlich spürbar:

Noch immer nimmt die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe ab, die verbleibenden Betriebe bewirtschaften immer größere Flächen. Von der Landwirtschaft leben kann nur ein kleiner Teil der Landwirt*innen.

Bezogen auf den Kreis Minden-Lübbecke bewirtschaften weniger als 1/3 aller Landwirt*innen ihren Betrieb im Haupterwerb. Der Rest sind Nebenerwerbslandwirt*innen. Mit diesem Konzentrationsprozess verbunden ist auch eine veränderte Form der Landbewirtschaftung: Schläge werden zusammengelegt, auch öffentliche Feldraine und Wege werden unter den Pflug genommen. Tierhaltung findet fast ausschließlich in immer größer werdenden Ställen mit zu vielen Tieren pro Hof statt. Die Folgen sind eine Konzentration der Flächennutzung auf Mais- und Kartoffelanbau und das Verschwinden von die Landschaft gliedernden Strukturen wie Raine und Hecken, sowie ein massiver Artenschwund gerade in der Agrarlandschaft. Noch vor einigen Jahren häufige Arten wie Haussperling, Feldsperling oder Feldlerche stehen auf der Roten Liste der gefährdeten Tierarten, der Kiebitz ist aus unserer Landschaft fast ganz verschwunden.

Daher fordern wir GRÜNE eine nachhaltige, umweltschonende und tiergerechte Landwirtschaft, frei von Agro-Gentechnik und Massentierhaltung. Wir wollen Bauernhöfe, keine Agrarfabriken und Monokulturen.

- Wir fordern einen Stopp für den weiteren Ausbau der Massentierhaltung in Petershagen! Auflagen in Genehmigungsverfahren müssen dauerhaft nachgehalten und ihre Einhaltung kontrolliert werden.
- Wir fordern eine klare und nachvollziehbare öffentliche Dokumentation aller Gülle- und Hühnerkotimporte nach Petershagen.
- Wir wollen verhindern, dass die Einträge von Nitrat und Agrargiften im Grundwasser weiter ansteigen und die Trinkwasserqualität beeinträchtigen.
- Wir wollen den Schutz unserer Badeseen, der unbefestigten Feldwege und Randstreifen als Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten. Sie sollen außerhalb von Schutzgebieten den Menschen in der Stadt Petershagen zur Erschließung ihrer Landschaft und der Natur auch weiter zur Verfügung stehen, wenn sie die Landwirtschaft nicht mehr benötigt. Sie müssen davor geschützt werden, umgepflügt oder mit Glyphosat totgespritzt zu werden.
- Willkürliche Radikalrodungen an Straßen, Rad- und Graswegen und anderen öffentlichen Flächen müssen unterbleiben. Auch Randstreifen dürfen nicht mitgespritzt werden. Es müssen ortsgerechte Pflanzen gesät werden.
- Die Bürgerinnen und Bürger in Petershagen haben ein Recht auf eine intakte und artenreiche Kulturlandschaft, gutes Trinkwasser und gesunde Badeseen.

Tierschutz betrifft auch unsere Haustiere. Deshalb haben sich BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN erfolgreich für eine **Katzenschutzverordnung** in Petershagen eingesetzt. Vorbild waren dabei z.B. Porta Westfalica, Paderborn und viele andere Städte im Land, die mit so einer Verordnung gute Erfahrungen gemacht haben. Wir haben damit auch eine Forderung der Tierschutzverbände und Tierheime vorangetrieben. Mehr Informationen hierzu auf unserer Homepage:

<http://www.gruene-petershagen.de/index.php?view=showa&aid=346;>

6. Jugend und Schule

Jugendpolitik bedeutet für uns, die politische Willensbildung junger Menschen zu fördern und sie zur Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen zu motivieren und zu qualifizieren. Dies gilt vornehmlich für öffentliche Organisationen, beispielsweise Vereine, Kirchen und Parteien. Bildung und Ausbildung stehen im Fokus unserer politischen Arbeit. Ihre Freizeit sollen die Jugendlichen weitestgehend selbst bestimmen können.

Wir fordern und betreiben im Bereich Jugend:

- Eine Aktualisierung der Angebote unseres Jugendzentrums (JZ) vor allem im integrativen Freizeit- und Bildungsbereich und einen kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Institutionen. Hierfür wäre die personelle Ausstattung des JZ und die Einbeziehung der Vereine zu fordern, um längere Öffnungszeiten zu erreichen. Insbesondere sollten auch Angebote an Wochenenden und in den Orten stattfinden. Differenzierte und gruppenspezifische Offerten sind wünschenswert.
- Die Einrichtung des Jugendparlaments unterstützen wir.
- Der „Offene Ganzttag“ an der Sekundarschule muss so ausgestattet und aufgebaut werden, dass er dem gesellschaftlichen Wandel gerecht wird. In der Regel arbeiten beide Elternteile. Auf diese Entwicklung müssen wir mit professionellen pädagogischen Angeboten reagieren.

Wir fordern und betreiben im Bereich Schule:

- Der „Runde Tisch Schule“ als Gremium der Zusammenarbeit zwischen Schule und Verwaltung sollte als Dauereinrichtung weitergeführt werden. Die Verwaltung sorgt für die Umsetzung der Ergebnisse des „Runden Tisches“.
- Die Schulgebäude und deren Ausstattung müssen - auch unter energetischen Aspekten - aktuellen Standards entsprechen.
- Die noch vorhandenen Grundschulen sollen erhalten und zwar in den drei Verbänden Lahde, Petershagen und Windheim. Die Profilierung wird durch eine konkrete Aufgabenstellung des „Runden Tisches“ mit gestaltet.
- Mittelfristig soll an der Sekundarschule eine Fachoberschule mit dem Schwerpunkt Energie/Umwelt und Inklusion/Integration angeboten werden, um alle weiterführenden Abschlüsse in Petershagen anbieten zu können. Mit der Fachoberschulreife würde der unmittelbare Zugang zum Campus Minden ermöglicht. Gute Schul- und Bildungsangebote sind ein Standortfaktor und stärken die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

7. Kinder und Familie

Kinder als unsere Zukunftsträger sollten im Zentrum unseres Interesses stehen. Es ist alles zu tun, um ihre Entwicklung, ihr Lernen und ihre Begabungen zu fördern. Dies kann nur in einem sehr differenzierten Angebot geleistet werden, das auch auf neuere Erkenntnisse mit angemessenen Veränderungen reagiert. Sinnvoll wäre eine Koordinationsstelle unter professioneller Leitung mit einem ehrenamtlichen Team für frühkindliche und kindliche Betreuung, die sowohl Hilfen vermitteln als auch spontane Hilfsan-

gebote unterbreiten.

Daher setzen wir uns ein für:

- Erhalt ortsnaher Kindergärten, Unterstützung und Förderung von alternativen Kinderbetreuungseinrichtungen wie Waldkindergarten oder Tagesmuttergruppe
- Unterstützung der Kindergärten in der Familienbildungsarbeit
- Attraktive Erlebnisspielplätze, die vielen Kindern zugänglich sind, beispielsweise angegliedert an Schulstandorte
- Ausbau flexibler Ganztags-Betreuungsangebote an Kindergärten und Schulen
- Weitere Unterstützung von Energie- und Umweltprojekten an Schulen

8. Infrastruktur (Mobilität, Digitalisierung, Gesundheitsversorgung)

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), die Versorgung mit leistungsfähigem Internet und die Gesundheitsversorgung sind weit von einem wünschenswerten Zustand entfernt. Gleichzeitig liegt für keinen der drei Bereiche eine goldene Lösung vor. Wir Grüne wollen für jeden Infrastrukturbereich eine Erfassung des Ist- und des Soll-Zustandes erwirken. Die Erfassung muss für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sein, sodass eine Diskussion über die erforderlichen Schritte und Mittel zur Erreichung eines wünschenswerten Zustands möglich ist.

Der **ÖPNV** ist ein entscheidender Faktor für die Infrastruktur mit Auswirkungen auf nahezu alle Lebensbereiche. Der ÖPNV in unserem ländlichen Gebiet kann nur funktionieren, wenn die Nahverkehrsplanung individuell auf die Bedarfe der Einwohner Petershagens und der Einpendler zugeschnitten ist. Es geht nicht darum, den Privat-Pkw abzuschaffen. Ein Pkw pro Haushalt wird sich nicht vermeiden lassen. Aber wer in Petershagen legt welche Wege regelmäßig zurück? Wie muss die Wegstrecke zwischen Abfahrts- und Zielort gestaltet sein, dass der Privat-Pkw für die regelmäßig anfallenden Strecken durch den ÖPNV ersetzt werden kann? Wir Grüne fordern eine Bedarfsanalyse und eine Auseinandersetzung mit den vielfältigen Mobilitätsmöglichkeiten!

Bezogen auf die **Digitalisierung** müssen aktuell vorhandene Internetzugangsmöglichkeiten, aber auch tatsächliche Leistungsstärken und vorhandene Probleme flächendeckend im gesamten Stadtgebiet erfasst werden. Das Internet ist nicht die Zukunft, sondern die Gegenwart! Nicht eine angemessene, sondern nur eine bestmögliche Versorgung in ganz Petershagen muss unser aller Ziel sein, um die Versorgung zukunftsfähig zu gestalten. Den Netzausbau nur auf die aktuell am schlechtesten Versorgten zu konzentrieren genügt nicht. Wir brauchen ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept!

Der Gesundheitsversorgung kommen sowohl ein bedarfsangepasster ÖPNV als auch eine zuverlässige Internetversorgung zugute: Der Patient gelangt zum Arzt und der Arzt kommt digital zum Patienten. Aber natürlich lässt sich eine Untersuchung nicht digital durchführen. Wir brauchen Ärzt*innen, die über den ÖPNV von allen Patient*innen erreichbar sind. Dem Ärzt*innenmangel müssen wir auch lokal in Petershagen begegnen. Wir GRÜNE fordern konkrete Schritte und beispielsweise Vereinbarungen mit Universitäten über eine Zusammenarbeit. Wir müssen uns aus eigener Initiative heraus direkt an die heutigen jungen und zukünftigen Ärzt*innen wenden! Die individuellen Bedürfnisse des Ärzt*innennachwuchses müssen unsere Richtschnur sein. Für eine Versorgung mit medizinischem Fachpersonal in Petershagen kann kein „Schema F“ angewandt werden. Für jedes Problem und Hindernis des potenziellen Ärzt*innennachwuchses sind individuelle Lösungen zu finden. Dringender Handlungsbedarf ist geboten.

9. Chancengleichheit (Gleichstellung, Integration, Inklusion)

Wir GRÜNE setzen uns für Chancengleichheit ein: Chancengleichheit für alle Menschen - männlich, weiblich und divers, arm und reich, jung und alt, mit und ohne Behinderung, sowie für Menschen mit jedem Bildungsstand. Auch Herkunft, Nationalität, Religion und Sprache dürfen nicht Ursache von Benachteiligungen sein. Chancengleichheit ist ein Querschnittsthema und zieht sich durch sämtliche grüne Anliegen hindurch. Im Vergleich zu anderen politischen Parteien belegt die Forderung nach Chancengleichheit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen weit höheren Rang in der Prioritätenliste.

Der Ausgleich von Benachteiligungen muss immer mitbedacht werden. Barrierefreiheit, bezahlbarer Wohnraum und ausreichende lokale Pflegeplätze sind dabei nur einige unserer Anliegen. Wir fördern Anlaufstellen für Menschen in Notlagen, Begegnungsstätten für Generationen und wir stärken ehrenamtliches Engagement.

Seit August 2015 setzen wir im Rahmen des Projektes KOMM-AN kommunale Integrationsarbeit um. Während der Öffnungszeiten des grünen Bürgerbüros bieten wir Menschen mit Fluchthintergrund und ehrenamtlich Tätigen die Möglichkeiten des Zusammenkommens, des Austausches und der Orientierung. Wir stellen ein freies WLAN zur Verfügung und erleichtern damit die Kommunikation zu zurückgebliebenen Familienmitgliedern sowie unter den Menschen mit Fluchterfahrung. Wir unterstützen persönlich und mit den Mitteln des Büros unter anderem bei Sprachproblemen, Behördengängen, Bewerbungen und der Wohnungssuche. Durch persönliche Begegnungen auf Augenhöhe tragen wir zur flüssigen Verwendung der deutschen Sprache bei.

Die Forderung nach Chancengleichheit ist bei allen Themen mitzudenken und regelmäßig in den Ausschüssen zu thematisieren. Darüber hinaus setzen wir uns für eine offizielle Stelle zur Beachtung und Stärkung von Chancengleichheit ein. Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten soll als beauftragte Stelle für Chancengleichheit ihren ursprünglichen Wirkungsbereich ausdehnen. Das Merkmal des Geschlechts ist nicht das einzig relevante Merkmal, das die Chancengleichheit verdient. Unter den Stichworten Integration (hinsichtlich Nationalität, Religion, sozialem Status etc.) und Inklusion (Menschen mit Behinderung) ergeben sich weite Handlungsfelder. Die Handlungsfelder können nur erschlossen und bedient werden, wenn ausdrückliche und ausreichende Zuständigkeiten geschaffen werden. Wir haben ein offenes Ohr für benachteiligte Menschen und unterstützen bei der Lösung von Problemen.

10. Kultur

Der Erhalt der Begegnungsstätte „Altes Amtsgericht“ und der eigenen städtischen Musikschule sind uns wichtig.

Wir begrüßen, dass die Stadt Konzerte und Ausstellungen in eigenen aber auch privaten Räumen durchführt oder unterstützt. Auf die Sanierung der jüdischen Synagoge und der jüdischen Schule, des Amtsstubenhauses, auf das Storchenmuseum im Haus Windheim No. 2, das Heimat- und Heringsfängermuseum in Heimsen oder die Glashütte in Gernheim mit ihren umfangreichen Aktivitäten sind wir Petershäger Bürger*innen mit Recht stolz. Was uns bisher zu kurz kommt, sind Veranstaltungen speziell für Jugendliche. Kulturarbeit in der Stadt Petershagen muss die Vielzahl der Ortschaften und die unterschiedlichen Bedürfnisse in der Stadt Petershagen beachten.

Kultur gehört für uns zur Lebensqualität. Sie ist wichtig für die Attraktivität unserer Stadt, etwa bei der Neuansiedlung von Familien und Unternehmen. Daher darf Kultur nicht nur verwaltet und dürfen Mittel hierfür nicht nur bewilligt werden, sondern es muss eine aktive Kulturarbeit geben, die in ein konkretes und schlüssiges Kulturkonzept einmündet.

Wir werden uns einsetzen für:

- Förderung und Initiierung von Projekten. Dies kann auch durch private Initiativen oder Vereine erfolgen, die dann durch die Stadt in ihren Aktivitäten zu unterstützen sind.

- Sicherung der kulturellen Tradition und die Stärkung der kulturellen Eigenständigkeit der Stadt und die Erhaltung der bisherigen Kulturarbeit mit vielfältigen Konzerten und Ausstellungen in städtischer oder privater und Vereinsregie,
- Erhalt der Stadtbücherei und der städtischen Musikschule als wichtige kulturelle Einrichtungen,
- Betrieb des Stadtarchives in der ehemaligen Grundschule in Neuenknick mit der Möglichkeit für BürgerInnen im Archiv zu arbeiten und zu forschen.
- Aufarbeitung von Sammlungsgegenständen zur Vor- und Frühgeschichte aus archäologischen Forschungen im Stadtgebiet, die als Schenkung an die Stadt gegangen sind. Ziel ist die Darstellung des reichen archäologischen Erbes unserer Region in einem Bereich des Stadtarchives und Zugang für interessierte Besucher. Gleiches gilt auch für die paläologischen Funde aus dem Stadtgebiet.
- Öffentliche Darstellung der Bedeutung unserer Bau- und Kunstdenkmäler durch Hinweistafeln an den Gebäuden und Objekten.

11. Sport

Petershagen bietet vielfältige Möglichkeiten sportlich aktiv zu sein, sei es in Vereinen oder in Neigungsgruppen. In den Vereinen leisten viele ehrenamtliche Übungsleiter*innen und Trainer einen wertvollen Beitrag zur Gesundheitsprävention und für das soziale Miteinander. Diese Arbeit unterstützen wir. Wir wollen junge Menschen ermuntern, in den Vereinen aktiv zu werden und selbst Verantwortung zu übernehmen. Die Verzahnung von Schulsport und Vereinssport ist uns an dieser Stelle sehr wichtig.

12. Klima-, Umwelt- und Naturschutz, Abgrabungen, Erneuerbare Energien

Petershagen besitzt wertvolle Landschaftsräume, nicht nur das international bedeutsame Vogelschutzgebiet „Weseraue“. Diese Schätze gilt es zu bewahren, damit sie auch zukünftigen Generationen nachhaltig erhalten bleiben.

Klima-, Umwelt- und Naturschutz müssen daher im Verwaltungshandeln eine wichtige Rolle spielen.

Unsere Forderungen sind:

Klima-, Umwelt- und Naturschutz

- Schutz eines artenreichen, einheimischen Baumbestandes zur Verbesserung des Stadtklimas und zur Gestaltung eines abwechslungsreichen Orts- und Landschaftsbildes
- Weiterentwicklung des Baumkatasters: Um zu vermeiden, dass mit dem Argument der Gefahrenabwehr Bäume vorsorglich gefällt werden. So können nicht nur einwandfrei gesunde, sondern auch bereits geschädigte Bäume, durch gezielte Pflegemaßnahmen länger erhalten werden.
- Für Eingriffe in Natur und Landschaft, die nicht vor Ort ausgleichbar sind, sollen die fälligen Ausgleichsabgaben von einem „Ökokonto“ abgebucht werden. Das bedeutet, dass die Stadt jetzt schon und im Vorgriff auf Eingriffe Maßnahmen durchführt wie die Aufwertung von Landschaftsteilen oder die Renaturierung von Bachabschnitten. Wenn dann ein Eingriff in Natur und Landschaft erfolgen soll, z.B. ein Bauvorhaben, dann können die erforderlichen

Ausgleichsmaßnahmen von diesem Ökokonto abgebucht werden. Das Ökokonto ist also ein Guthaben an Maßnahmen, von dem anfallende Maßnahmen „abgebucht“ werden können. Der Vorteil für die Stadt ist, dass sie potenziellen Investoren mit bereits vorhandenen Ausgleichsmaßnahmen die Ansiedlung erleichtert. Der Vorteil für die Natur besteht darin, dass nicht wie bislang an vielen verschiedenen Stellen kleine Maßnahmen durchgeführt werden, deren Effekt schnell verpufft, sondern auch größere Maßnahmen möglich sind, die eine echte Ausgleichsfunktion besitzen.

Um Kosten für eine effektive Pflege und Kontrolle der Wirksamkeit der Maßnahmen zu sparen, wollen wir diese Aufgaben an geeignete Dritte, wie z.B. die Stiftung Westfälische Kulturlandschaft oder die Biologische Station im Kreis Minden-Lübbecke, übertragen.

Die Wasserrahmenrichtlinie der EU sieht vor, dass die Gewässer bis 2015 in einen guten ökologischen Zustand versetzt werden. Für viele Gewässer in Petershagen gibt es bereits jetzt Konzepte, wie sie verbessert werden können. Wir fordern, dass die Stadt sich aktiv dafür einsetzt, dass diese Konzepte auch umgesetzt werden. Die Maßnahmen werden zu 80% vom Land NRW gefördert, die restlichen 20% übernimmt entweder die Stadt oder der Wasserverband Weserniederung.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Stadt Haushaltsmittel zur Finanzierung des Eigenanteils in ihren Haushalt einstellt – denn Maßnahmen an unseren Bächen und Flüssen sind auch aktive Wirtschaftsförderung. Die Stadt Petershagen soll, wie an Teilabschnitten der Ösper bereits erfolgt, mit gutem Beispiel voran gehen und auf allen städtischen Grundstücken, die an Gewässer grenzen, Maßnahmen durchführen.

Weser

Die Weser ist ein vom Wasserbau geprägter und von Minden bis Bremen und Bremerhaven auch durch Schiffsverkehr genutzter Fluss. Steinschüttungen an den Ufern bedingen eine einheitliche Breite des Flusses. Staustufen und die damit verbundenen Abschnitte mit geringer Fließgeschwindigkeit sind für Fließgewässerorganismen lebensfeindlich. Einen der wenigen nur mäßig beeinträchtigten Gewässerabschnitte, findet man in Petershagen, in den nicht von der Schifffahrt genutzten Weserschleifen.

Trotz der vielfältigen Nutzungsansprüche sind jedoch ökologische Verbesserungen der Weser möglich.

Diese sind nicht nur zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Petershagen von besonderer Wichtigkeit.

Wir setzen uns daher ein für:

- Keine weiteren Regulierungen und kein weiterer Ausbau der Weser für die Schifffahrt, sondern stattdessen eine Anpassung der Schifffahrt an die natürlichen Gegebenheiten der Weser
- Schaffung naturnaher Elemente auch in schiffbaren Abschnitten der Weser
- Stopp aller Salzeinleitungen in die Weser durch den thüringischen Kaliabbau
- Schutz der vom Hochwasser bedrohten Orte durch baldige Umsetzung der Entwürfe

Abgrabungen

Wir wollen bei der Genehmigung von Abgrabungen, dass zukünftig endlich eine echte Gesamtbewertung zur Verträglichkeit aller bereits vorhandenen, zurzeit durchgeführten, geplanten und in Zukunft gewünschten Vorhaben erfolgt. Der bereits vorhandene, von der Bezirksregierung aufgestellte Regionalplan (früher auch Gebietsentwicklungsplan, kurz GEP genannt) kann diese Funktion nicht erfüllen. Zwar hat er auch den Anspruch, die Abgrabungstätigkeit zu ordnen, in der Praxis wird aber bei einem Abgrabungswunsch einfach der Plan „angepasst“ – schon sind die planerischen Voraussetzungen für eine Abgrabung gegeben. Regionalplanung sieht offenbar ihre wichtigste Aufgabe darin, die Rohstoffversorgung zu sichern. Eine Belastungsgrenze für einen Landschaftsraum, ab der es keine weiteren Abgrabungen mehr genehmigt werden, gibt es nicht. Eine solche Planung ist Salamiakt, die lediglich die Reihenfolge der abzugrabenden Flächen vorgibt und die eine komplette Landschaftszerstörung billigend in Kauf nimmt. Die Stadt Petershagen hat sich gegen dieses Vorgehen in der Vergangenheit kaum gewehrt. Um den Druck für eine vorsorgende Regionalplanung zu erhöhen, die nicht nur für die Kiesindustrie sorgt sondern auch Grenzen für die Ausbeutung eines Landschaftsraumes setzt, fordern wir, dass die Stadt Petershagen sich entschiedener gegen weitere Abgrabungen zur Wehr setzt. Insbesondere soll sie zu weiteren geplanten Vorhaben zumindest ihr „gemeindliches Einvernehmen“ verweigern.

Außerdem sollte ein „Kieseuro“ eingeführt werden, der ähnlich wie der „Wasserpfennig“ von der Kiesindustrie gezahlt werden soll und der gezielt den vom Kiesabbau betroffenen Gemeinden als kleiner Ersatz für den andauernden Abbau von Sand und Kies zu Gute kommt.

Erneuerbare Energien

- Wir setzen uns ein für eine Beratung durch die Verwaltung bei der Schaffung von Nahwärmeinseln und dem Einsatz von Blockheizkraftwerken : Hierbei soll in kleinen, dezentralen Einheiten Energie und Wärme bereitgestellt oder ins Netz gespeist werden.
- BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine ökologisch ausgerichtete Bebauungsplanung ein. Jeder neue Bebauungsplan muss günstige Voraussetzungen zur passiven, thermischen und photovoltaischen Sonnenenergienutzung schaffen. Wichtig ist beispielsweise die Festlegung der Ausrichtung der Gebäude zur Sonne, die Verschattungsfreiheit von Fenstern, Wand- und Dachflächen sowie die Dachform und Neigung. Jedes künftige Bauvorhaben muss als Auflage bekommen, dass es eine Photovoltaikanlage oder die Begrünung der Dachfläche durchführt.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die gesamte Straßenbeleuchtung unserer Stadt auf LED umgerüstet wird.

13. Für unsere Umwelt ohne Gift – damit das gute Leben auf dem Lande weiter möglich bleibt!

Wir leben gerne auf dem Lande und wir wissen die Lebensqualität in unserem Petershagen und in der Region zu schätzen. Und das soll auch so bleiben. Dabei hilft uns z.B. auch die Bürgerinitiative „Stoppt den Giftmüll -Wir wehren uns“! Hervorgegangen ist die BI aus dem Kampf gegen die Giftmülldeponie Münchehagen und gegen ein Standortsuchverfahren zur Errichtung einer weiteren Giftmülldeponie auf Petershäger Gebiet. Die BI ist überparteilich und in allen Petershäger Parteien sind Mit

glieder der BI aktiv. Die BI hat sich ein besonderes Ziel gesetzt, bei dem wir sie nach Kräften unterstützen wollen.

- Wir müssen es gemeinsam schaffen, dass die Giftmülldeponie in Münchehagen in den nächsten 15 bis 20 Jahren vollständig beseitigt wird. Der jetzige Zustand mit einer einstweiligen Sicherung der Giftstoffe durch eine seitliche Umschließung und eine Abdeckung von oben ist nicht für die Ewigkeit gemacht, sondern nur für 30 bis 50 Jahre. Wir haben uns damit Zeit gekauft und diese Zeit dürfen wir nicht ungenutzt verstreichen lassen. Auch schon jetzt ist klar, dass die Einkapselung der Giftpolder nicht verhindern kann, dass es Wirkungen von außen in die Deponie und umgekehrt gibt. Mit zunehmender Alterung der verwendeten Baustoffe werden weitere Austräge aus der Deponie in die Umwelt immer stärker werden. Darauf dürfen wir nicht warten. Wir müssen jetzt mit der Planung für den kontrollierten Rückbau der gesamten Giftmülldeponie Münchehagen beginnen. Was in den 1990er Jahren noch ein nicht realisierbarer Wunsch war, ist heute praktizierte Realität. Giftmülldeponien mit vergleichbarem Chemieinventar wurden und werden vollständig beseitigt, ohne die Umgebung dadurch zu gefährden. Und die entnommenen Giftstoffe werden, in dafür ausgelagerten Verbrennungsanlagen, in Deutschland entsorgt. Die erforderliche Technik existiert also und damit gibt es keinen Grund mehr auf das Recht der Bevölkerung auf vollständige Beseitigung der illegal entstandenen, nun in der Verantwortung des Landes Niedersachsen stehenden Giftmülldeponie zu verzichten.
- Der erste Schritt dazu ist, dass die Stadt Petershagen, als einer der kommunalen Vertragspartner des Landes Niedersachsen keinesfalls darin einwilligt den jetzigen, provisorischen Sicherungszustand als dauerhafte Lösung zu akzeptieren und auch das nur ruhende Gerichtsverfahren beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg nicht beendet. Die Beseitigungsansprüche der Menschen in der Region müssen gewahrt bleiben!